



ÖDP Bayern: Landeshauptausschuss Erding 08.10.2016

Rede Klaus Mrasek

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich zu unserem Landeshauptausschuss verbunden mit der Bezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz hier in Erding beim Mayr-Wirt begrüßen. Wir wollen unseren kleinen Parteitag nutzen, uns inhaltlich zu den aktuellen politischen Themen zu äußern. Dazu legt Ihnen der Landesvorstand heute zwei Petitionen vor. „Nein zur Flächenversiegelung und Zersiedelung der Kulturlandschaft!“ und „Staatliche Garantie-Elementarversicherung und dezentraler Hochwasserschutz!“ In einem internen Teil wollen wir uns in verschiedenen Workshops auf die anstehenden Wahlen vorbereiten.

Mit Steuern gerecht steuern – für ein gerechtes Steuersystem:

Liebe Parteifreunde,

der Jahresablauf ist nicht nur durch den Wechsel der Jahreszeiten gekennzeichnet, nein, im Laufe eines Jahres finden sich auch diverse Tage, die unter ein bestimmtes Motto gestellt sind. Wissen Sie zufällig, welches Motto der 28. September hatte? Der 28. September war der „Tag der Steuergerechtigkeit“, eine Initiative der deutschen Steuergewerkschaft. Die ÖDP hatte bzw. hat ja in den Funktionen der Schatzmeister auf Bundesebene bzw. im Landesverband Bayern Finanzbeamte – Willi Reinbold und Gerhard Mai – und wir haben mit diesen Personalentscheidungen nur gute Erfahrungen gemacht. Anlässlich des Tages der Steuergerechtigkeit wollte die Steuergewerkschaft mittels einer Online-Abfrage wissen, ob die Steuerbürger das deutsche Steuersystem als gerecht empfinden.

In diesem Jahr gab es aber einige Ereignisse, die gerade an dem Anspruch „Gerechtigkeit“ doch erhebliche Zweifel entstehen ließen.

Stichwort „Panama-Papers“: Ein anonymen Whistleblower hatte 2015 vertrauliche Unterlagen der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca mit Firmensitz in Panama-Stadt an die Süddeutsche Zeitung weitergeleitet. In Zusammenarbeit mit einem internationalen Zusammenschluss von investigativen Journalisten (International Consortium of Investigative Journalists ICIJ) wurden diese Unterlagen ein Jahr lang ausgewertet und beginnend ab dem 03. April 2016 die Ergebnisse dieser Auswertung bezogen auf die betroffenen Länder veröffentlicht. Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass die von der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca verwalteten Briefkastenfirmen neben der Anonymisierung von Vermögensverhältnissen vor allem auch der illegalen Steuerhinterziehung, der Geldwäsche oder der Umgehung von Sanktionen dienen. Außerdem werden diese Briefkastenfirmen dazu benutzt, kriminell erzielte Gewinne und Vermögen von Diktatoren, Terrororganisationen und der organisierten Kriminalität vor staatlichem Zugriff zu schützen.

Stichwort „EU-Kommission vs Apple“: Am 31. August wurde bekannt, welcher Körperschaftssteuersatz für die iPhone-Firma Apple auf die in der EU erzielten Gewinne angewandt wird: 0,005 Prozent – das ist die Zahl der Woche, die gute Chancen hat, Zahl des Monats bzw. des Jahres zu werden. 0,005 Prozent ist der Steuersatz, den die iPhone-Firma Apple auf ihre Unternehmensgewinne zahlt, konkret für 1 Milliarde Gewinn zahlt Apple 50.000,- € Steuern. Die EU-Kommission hat dieses Steuervermeidungsmodell jetzt als illegale Staatsbeihilfe gewertet und

fordert für die Jahre 2003 bis 2014 13 Milliarden € Steuern zuzüglich Zinsen nach, insgesamt 18 Milliarden €. Es passt ins Bild, dass Apple sich nicht nur bei der Steuerzahlung asozial, also gesellschaftsschädigend, verhält, Apple agiert auch als Produzent asozial. Die Herstellung ist nach China outgesourced, bei einem iPhone-Verkaufspreis von 700.- € erhält der Hersteller 4 € – entsprechend schauen die Arbeitsbedingungen aus. Apple sitzt übrigens auf einem Vermögen von 170 Milliarden €. 50.000.- € Steuern für eine Milliarde Gewinn! Da habe ich mir doch einmal meinen Einkommenssteuerbescheid 2015 angeschaut und festgestellt, dass ich diese 50.000.- € Steuern innerhalb von vier Jahren ebenfalls zahle – allerdings ohne den Milliardengewinn! Kein Wunder, dass jedem braven Steuerzahler, egal ob Angestellter oder Unternehmer, angesichts solcher Zustände der Kamm schwillt. Das sind die tatsächlichen Ursachen für Politikverdrossenheit.

Den Vogel abgeschossen hat wieder einmal Finanzminister Söder, der angesichts der Aufforderung zur Steuernachzahlung vor einem Handelskrieg mit den USA gewarnt hat. Lieber Herr Söder, vielleicht lassen Sie sich von ihren Mitarbeitern einmal ausrechnen, wie die bayerischen Staatseinnahmen bei einem Steuersatz von 0,005 Prozent aussehen würden! Dann könnten Sie sich mit dem Hut vor ihr Ministerium setzen und um Almosen bitten.

Wo bleiben eigentlich die üblichen Verdächtigen, um diesen Skandal anzuprangern? Wo bleiben die Unternehmensverbände, die Mittelstandsunion und der Bund der Steuerzahler? Der Bund der Steuerzahler könnte dazu nicht nur ein „Schwarzbuch“ herausgeben, der Skandal gibt Stoff für eine ganze „Schwarze Reihe“. Und man könnte weitermachen. Was wird aus der Finanztransaktionssteuer – der Umsatzsteuer auf Börsengeschäfte? Herr Schäuble will die FTS sang- und klanglos beerdigen. Was hat es mit Steuergerechtigkeit und einer leistungsgerechten Besteuerung zu tun, wenn der Spitzensteuersatz für Arbeitseinkommen bei 45 Prozent liegt, für Kapitaleinkommen aber bei 25 Prozent? Wie passt die Neuregelung der Erbschaftssteuer für Familienunternehmen zu der immer weiter auseinander gehenden Schere der Vermögensverhältnisse in unserem Land?

Liebe Parteifreunde, der ganz überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ist bereit, über Steuern seinen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens zu bezahlen, vorausgesetzt das Steuersystem ist gerecht. Daran mangelt es aber hinten und vorne.

Industrie 4.0 – Rente 4.0 – Abschied von Bismarck:

Andrea Nahles hat sich an diesem Mittwoch in Sachen Rente zu Wort gemeldet. Sie bereitet im Namen der Bundesregierung uns alle auf Rentenversicherungsbeiträge jenseits der bisher festgeschriebenen 22%-Grenze vor. Heute knapp 19%, morgen 22% und etwas später noch mehr vom Bruttolohn, um eine einigermaßen ordentliche Rente finanzieren zu können? Ist das sinnvoll? Gibt es keine Alternative?

Die Finanzierung der Sozialversicherungen durch paritätisch erhobene Lohnzusatzkosten war zu Bismarcks Zeiten sicher sinnvoll. Kaum in einer Branche wurde damals Wertschöpfung ohne menschliche Arbeitskraft erzielt.

Heute (und wohl verstärkt in der Zukunft unter den Bedingungen von „Industrie 4.0“) profitieren von diesem System alle hochautomatisierten Unternehmen, die mit großem Kapital-, Energie- und Materialeinsatz bei minimaler Arbeitskräftezahl ihre Wertschöpfung erzielen. Stark belastet werden von den Bismarck'schen Lohnzusatzkosten alle Unternehmen, die auf menschliche Arbeitskräfte angewiesen bleiben: Krankenhäuser, Pflegeheime, Kindertagesstätten und z. B. auch die mittelständischen Dienstleister und Handwerksbetriebe. Diese tragen schon heute die Sozialversicherungssysteme. Unternehmen mit einer Roboter-Armada und Wegwerfprodukten ohne Service-Ansprüche konnten sich schon lange von der Mitfinanzierung der Sozialversicherungen weitgehend verabschieden. Unter den Bedingungen der „Industrie 4.0“, wenn Maschinen miteinander und mit dem Lager bzw. der „just-in-time-Spedition“ eigenständig kommunizieren, wenn sie automatisch Service anfordern und sich gegenseitig automatisch Service leisten, wenn LKWs und Züge selbst fahren und Bankdienstleistungen ebenso im Selbstbedienungsmodus ablaufen wie seit Generationen der Lebensmitteleinkauf – unter diesen Bedingungen reduziert sich der Anteil

der Wertschöpfung aus menschlicher Arbeitskraft weiter radikal. Unternehmen 4.0 werden ihre Lohnkosten drastisch reduzieren können... Traditionelle Sozialversicherungsbeiträge werden im großen Stil wegbrechen und sich noch mehr als heute schon auf die nichtautomatisierbaren Branchen konzentrieren. Wer will das eigentlich?

Die Lösung ist nicht bei Bismarck und im 19. Jahrhundert zu finden. Wir brauchen eine schrittweise Umstellung auf steuerfinanzierte Systeme. Über Kapitalertragssteuer, Körperschaftssteuer, Energie- und Rohstoffverbrauchssteuern und eine Finanztransaktionssteuer könnten dauerhaft auch vollautomatisierte Unternehmen zur Finanzierung gemeinwohlorientierter Sozialsysteme herangezogen werden. Mit Lohnzusatzkosten – ob paritätisch oder nicht paritätisch erhoben – wird man in Zukunft noch mehr als heute nur die relativ kleinen Unternehmen belasten können. Dies ist überhaupt ein viel zu wenig beachtetes Problem: Neben der Gerechtigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geht es bei der Finanzierung der Sozialsysteme immer mehr um die Gerechtigkeit zwischen arbeitsintensiver und weitgehend arbeits-, „loser“ Wertschöpfung. Der Faktor Arbeit ist durch das Bismarck'sche System systemisch benachteiligt. Es ist unter den Spielregeln dieses Systems ökonomisch sinnvoll, Arbeit durch Kapital, Energie und Rohstoffe zu ersetzen. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit Gemeinwohlorientierung kann sich damit nicht abfinden, weil Mensch und Natur Schaden leiden.

Die Industrie 4.0 ist nicht aufzuhalten. Wer es positiv sehen möchte, kann sich auf die 20-Stunden-Arbeitswoche freuen – vorausgesetzt, wir schaffen eine sozialverträgliche Verteilung der Rest-Arbeit und organisieren eine neue, vom Faktor Arbeit unabhängige Finanzierung der Sozialsysteme. Auf die „Industrie 4.0“ muss die „Rente 4.0“ folgen.

Die ÖDP hat seit ihrem Bestehen die Entlastung des Faktors Arbeit im Programm. Die sich abzeichnenden Bedingungen von „Industrie 4.0“, also einer beschleunigten Digitalisierung und Automatisierung der Produktion, machen unser ÖDP-Konzept aktueller denn je.

Vom LEP zum LZP – vom Landesentwicklungsprogramm zum Landeszerstörungsprogramm:

Meine Damen und Herren, die Zerstörung unserer Bayerischen Heimat durch Zersiedelung und Flächenversiegelung geht ungebremsst weiter. Die Angriffe erfolgen auf vielen Ebenen.

Beispiel Bundesverkehrswegeplan 2030: Bundesweit über 910 Straßenbauprojekte, 500 neue Ortsumgehungen, davon allein 100 in Bayern, über 170 Naturschutzgebiete sollen durchschnitten werden, der geplante Flächenverbrauch liegt bei 15.000 Hektar, das sind umgerechnet täglich vier Fußballfelder. Insgesamt will der Bund bis 2030 die Summe von 260 Milliarden Euro ausgeben.

Beispiel Ski-Schaukel am Riedberger Horn: Die ÖDP ist sich mit den Verbänden BN, LBV und DAV einig, dass dieses Vorhaben in der strengsten Schutzzone C des Alpenplans nicht genehmigungsfähig ist. Der Alpenplan ist seit über vierzig Jahren der Garant dafür, dass Nutzung und Schutz der Alpen sorgfältig, zukunftsfähig und nachhaltig abgewogen werden. Die CSU hat jetzt erklärt, dass sie die rechtlich unverbindliche Bürgerbefragung nutzen will, um die Ski-Schaukel durchzudrücken. Den Alpenplan werde man dazu juristisch begradigen. Man will den Dammbrech und gefährdet dadurch das gesamte Vertragswerk Alpenplan. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um gemeinsam mit BN, LBV und DAV dieses Vorhaben zu verhindern

Beispiel 3. Startbahn: Am 31. Oktober 2015, also vor fast genau einem Jahr, habe ich dem Ministerpräsidenten Seehofer in einer PM dazu gratuliert, dass er damals bekannt hatte, die Einwendungen der von der 3. Startbahn betroffenen Bürger ernst zu nehmen. Seehofer hat damals öffentlich den Sinn der 3. Startbahn bezweifelt, sich aber eine endgültige Entscheidung vorbehalten. Ein Sturm der Entrüstung war die Folge, angeführt durch den Sprecher der CSU-Betonfraktion Erwin Huber und die Lobbyisten der Ausbaubefürworter. Der Geist der Erkenntnis hat offenbar nur ein kurzes Gastspiel gegeben, vermutlich war es nur eine Zwischenlandung, Herr Seehofer ist auf die Linie der CSU-Betonfraktion eingeschwenkt – Klimawandel hin, Pariser Beschlüsse her.

Beispiel Landeszerstörungsprogramm: Um das Maß vollzumachen, hat die Staatsregierung auf Vorschlag von „Heimatminister“ Söder das LEP geändert. Die von Herrn Söder und der CSU-Staatsregierung vorgesehene Verwässerung des Anbindegebots wird zu einer Ansammlung von

Scheußlichkeiten entlang der Schnellstraßen unseres schönen Bayern führen und zu einem Siedlungsbrei, wie man ihn aus europäischen Nachbarländern kennt. Das Anbindegebot besagte bisher, dass Gewerbegebiete an bestehende Siedlungen anzugliedern sind und außerhalb von Ortschaften nicht willkürlich auf der grünen Wiese ausgewiesen werden dürfen. Diese Regelung gab es bisher aus gutem Grund: Sie hatte das landesplanerische Ziel, die lebendige Vielfalt der Landschaften und den erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen zu bewahren. Wir befinden uns mit dieser Position ausdrücklich im Einklang mit dem ehemaligen Landtagspräsidenten Johann Böhm (CSU), der als Präsident des Landesvereins für Heimatpflege wiederholt vor problematischen Zersiedlungen wie in Oberitalien gewarnt hat. Fraglich ist außerdem, und ob das neue LEP überhaupt noch mit der Verfassung vereinbar ist, die uns zum sparsamen Umgang mit Ressourcen und Naturgütern verpflichtet. Der Landesvorstand hat alle ÖDP-Mandatsträger und alle ÖDP-Gliederungen aufgefordert, im laufenden Anhörungsverfahren gegen diese Änderung Stellung zu nehmen.

Wenn man alle Beispiele zusammenfasst, kommt man unweigerlich zu dem Ergebnis, das Gerhard Polt in seiner unnachahmlichen Art einmal so zusammengefasst hat: „In Zukunft wird es einmal heißen, unter dieser Asphaltsschicht befand sich Bayern!“

Übrigens, liebe Staatsregierung, liebe CSU, es soll einen Zusammenhang zwischen Zersiedelung, Flächenversiegelung und Hochwasser geben. Aus diesem Grund legen wir Ihnen heute zwei Petitionen zu diesem Thema vor, die anschließend ausführlich vorgestellt werden.

CETA und die Freihandelsabkommen:

Am dritten Montag im September hatte die SPD einen Parteikonvent zu CETA. Die SPD hat also konventiert, leider ist sie dabei aber nicht konvertiert. Der Vorsitzende Gabriel hat es geschafft, dass die Genossen die steile und völlig unhaltbare These „TTIP pfui, CETA hui“ geglaubt haben. Es bedarf schon einer gehörigen Portion politischer Naivität bzw. Unmündigkeit zu glauben, dass das fertig ausgehandelte CETA durch einen SPD Konvent noch geändert wird. Herr Gabriel will der Öffentlichkeit ja verkaufen, dass die Einführung eines internationalen Handelsgerichtshofs anstelle der privaten Schiedsgerichte eine bahnbrechende Verbesserung darstellt. Liebe Parteifreunde, lassen wir uns durch dieses Placebo nicht einlullen. Es nützt die beste Prozessordnung nichts, wenn die zugrunde liegenden Inhalte, das materielle Recht, nur einen Akteur, nämlich die multinationalen Konzerne bevorzugen. Übertragen wir die Lage zum Vergleich auf innerstaatliches Recht: Was würde eine perfekte ZPO nützen, wenn im BGB ein Vertragspartner z. B. der Verkäufer oder der Vermieter bevorzugt würde? Garnichts! Im Übrigen bleibt Herr Gabriel den Nachweis schuldig, warum zwischen funktionierenden Rechtsstaaten wie den EU-Staaten und Kanada ein Sondergerichtshof für privilegierte Akteure notwendig ist. Entscheidend ist bei allen sogenannten Freihandelsabkommen der Begriff des „nichttarifären Handelshindernisses“ – und darunter kann jede staatliche Regulierung erfasst werden. Nochmals in aller Deutlichkeit: Bei CETA, TTIP und TiSA handelt es sich um den Versuch neoliberaler Marktradikaler, den so genannten Washingtoner Consensus in ein unumkehrbares Vertragskonstrukt für die Ewigkeit festzuschreiben. Dieser Washingtoner Consensus beruht im Wesentlichen auf drei Glaubenssätzen:

- Möglichst vollständige Deregulierung
- Umfassende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und
- Schrankenloser Freihandel

Ein stimmiges Gesamtbild ergibt dieser SPD-Konvent aus dem Umstand, dass nichtöffentlich getagt wurde. Das passt genau zu CETA, TTIP und TiSA, die alle hinter verschlossenen Türen an der Öffentlichkeit vorbei ausgeschachert wurden. Ein demokratisches Lehrstück sieht jedenfalls anders aus.

AfD – die Anti-Zukunftspartei:

Meine Damen und Herren, die AfD wird in der Öffentlichkeit bisher ausschließlich durch fremdenfeindliche und rassistische Aussagen wahrgenommen. Das alleine wäre schon schlimm

genug – ein Blick in das AfD-Grundsatzprogramm macht deutlich, dass es sich bei der AfD um die Anti-Zukunftspartei für Deutschland handelt. Die folgenden Aussagen stammen aus dem Kapitel 12 des AfD-Grundsatzprogramms, ich zitiere:

Die AfD sagt daher „Ja zum Umweltschutz“, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“. Die Wahrnehmung des CO₂ nur als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO₂-Emissionen unterlassen. CO₂-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.

Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.

Unglaublich auch diese AfD-Ziele:

Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Es darf kein Tabu sein, den Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen. Die AfD will einzelne Energieträger weder bevorzugen noch benachteiligen. Wir wollen die Vorrangspeisung von Strom generell abschaffen. Quoten-/Auktionsmodelle, um mit ihnen staatlich-planwirtschaftliche Ziele in der Energiepolitik durchzusetzen, lehnen wir ab.

Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden. EnEV und EEWärmeG führen zu einem rasanten Anstieg der Baukosten...Auch aus diesen Gründen setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu streichen.

Unglaublich auch dieses Ziel der AfD:

Das „Fracking“ genannte Verfahren zur Erschließung unterirdischer Energieträger bringt Risiken mit sich, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten der Energieversorgung....Daher setzt sich die AfD dafür ein, das im April 2015 in den Bundestag eingebrachte restriktive „Fracking-Gesetz“ zurückzuziehen.

Brandgefährlich ist die AfD auch bei der Frage der Atomenergie:

Die überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich. Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten....Radioaktive Reststoffe sollten dezentral, zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden....

Dezentrale Atommülllagerung und AfD, da wird die Phantasie richtig angeregt. Liebe Parteifreunde, diese AfD-Aussagen würden Stoff für eine ganze Satire-Serie bieten, wenn der Hintergrund nicht so ernst wäre.

Unser Landesbeauftragter für Grundsatzfragen, Bernhard Suttner, hat in seiner wöchentlichen Kolumne dazu Folgendes geschrieben:

„Viele wissen ja gar nicht, dass die AfD den von Menschen verursachten Klimawandel leugnet und deshalb die Energiewende bekämpft. Durch den bedrohlich fortschreitenden Klimawandel werden in den kommenden Jahrzehnten viele Menschen ihre Heimat verlieren. Das wird Migrationsbewegungen auslösen, die weit umfangreicher sein werden als diejenigen, die wir heute sehen. Den Klimawandel nur halbherzig oder gar nicht zu bekämpfen heißt für mich auch, die globale Migration weiter anzuhetzen. So gesehen ist die AfD jene deutsche Partei, die am intensivsten für künftige Migration eintritt. Der entschiedene Einsatz für eine weltweite Abkehr von fossilen Energien und für eine umfassende Klimaschutzpolitik ist hingegen ein unverzichtbarer Beitrag zur Reduzierung von Fluchtursachen.“ Zitatende. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Debatte über die Flüchtlingsfrage:

Ein Kopf an Kopf-Rennen in Sachen größtmöglicher verbaler Entgleisung beim Thema Flüchtlinge liefern sich derzeit CSU und AfD. Den Vogel abgeschossen hat zuletzt Herr Scheuer mit seinem Senegalesen-Beispiel. Ich spare mir die Wiederholung des Zitats – wir alle mussten diesen Ausfall in der Berichterstattung zur Kenntnis nehmen. Ich bin dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz Herrn Kardinal Marx und dem EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strom für ihre deutliche Kritik daran dankbar. Es wird Zeit, dass die CSU in der Flüchtlingsfrage verbal abrüstet und nicht weiter mit Äußerungen wie der von Herrn Scheuer die fremdenfeindlichen AfD-Parolen hoffähig macht. Bis heute wartet die Öffentlichkeit darauf, dass die CSU die Bekämpfung der Fluchtursachen ernst nimmt - Verbot von deutschen Waffenexporten in Krisengebiete und Fairhandelsabkommen statt Freihandelsabkommen sowie schnelle und faire Asylverfahren. Und vielleicht wäre es auch möglich, dass Autokraten und Diktatoren nicht auch noch durch Besuche bzw. Einladungen ständig hofiert werden.

Bundestagswahlen 2017:

Derzeit laufen in den bayerischen Wahlkreisen die Nominierungsversammlungen zur Aufstellung von Direktkandidaten und zur Wahl der besonderen Vertreter, die dann die Landesliste Bayern bestimmen. Die Landesliste selbst werden wir beim LHA am 18. Februar in Regensburg aufstellen. Die ÖDP hat sich vorgenommen, in allen Bundesländern zur Bundestagswahl anzutreten, der Bundesverband hat dazu auch Personal zur Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften eingestellt. Für die kleineren Landesverbände stellt die Unterschriftensammlung eine große Hürde dar. Sie sind daher für jede Unterstützung aus Bayern dankbar, sei es durch freiwillige Sammler, sei es durch Hinweise auf Angehörige, Freunde und Kollegen, die in anderen Bundesländern wohnen und offen sind für eine Unterstützung der ÖDP. Wahl bedeutet Auswahl und mit einer Unterschrift sorgt man dafür, dass die ÖDP in allen Bundesländern zur Wahl zugelassen wird. Bitte helfen Sie dem Bundesverband, dort erhalten Sie auch weitere Informationen zu der Aktion.

Wir sind Olympiasieger:

Letzter Punkt – in Abwandlung des Zitats „Wir sind Papst“ können wir sagen „Wir sind Olympiasieger“. Es freut mich ganz besonders, dass die Olympiasiegerin im Dreistellungskampf mit dem Kleinkaliber-Gewehr, Barbara Engleder aus Triftern im Landkreis Rottal-Inn, Mitglied der ÖDP Bayern ist. An dieser Stelle darf ich ihr in unser aller Namen ganz herzlich zu Ihrer Goldmedaille gratulieren und das ist einen kräftigen Applaus wert. Besonders gefreut hat es mich, dass Barbara Engleder ihre Interviews auf Niederbayerisch gegeben hat und für alle dabei klar wurde, dass sie ihre Kraft für diese außergewöhnliche Leistung über einen langen Zeitraum – es war meines Wissens ihre vierte Olympia-Teilnahme – aus ihrer festen Verwurzelung in ihrer Heimat schöpft. Es freut mich, dass sie als Kreisrätin der ÖDP für unsere Ziele politisch aktiv sind. Liebe Barbara Engleder, herzlichen Dank dafür.

Die 3. Strophe der Bayernhymne:

Ich bin Bernhard Suttner und dem ÖDP Bezirksverband Niederbayern mit seinem Vorsitzenden Urban Mangold dankbar für die Petition zur Aufnahme der 3. Strophe in die Bayernhymne. Darin wird zum Ausdruck gebracht, dass der Segen mit allen sein möge, die sich um das Menschenrecht aktiv sorgen. Die Petition geht in Umlauf, bitte unterstützen Sie dieses Anliegen mit Ihrer Unterschrift.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

F.d.R.
Klaus Mrasek